

Montenegro

Sebastian Schäffer

Nach den vergangenen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen, aus denen die seit der Unabhängigkeit regierende Demokratische Partei der Sozialisten (DPS) erneut als Sieger hervorgegangen war, hätte man nun die Anstrengungen auf das erklärte Ziel des EU-Beitritts konzentrieren können. Doch das Verhältnis zur Opposition ist weiterhin belastet und ein konstruktiver Dialog gestaltet sich schwierig. Insbesondere gegen den Präsidenten Milo Đukanović, seit 1991 abwechselnd als Minister- und Staatspräsident amtierend, richten sich von Bürgern initiierte Proteste. Er wird für die noch immer hohe Korruption und organisierte Kriminalität im Land verantwortlich gemacht. Während das größte Oppositionsbündnis, die Demokratische Front (DF), wieder an den Parlamentssitzungen teilnimmt, setzen kleinere Parteien den Boykott fort. Der Regierung wird Wahlfälschung sowie Druck auf Wähler und Medien vorgeworfen. Die DF unterstützt die Proteste, die durch ein Video ausgelöst wurden, in dem der frühere Bürgermeister der Hauptstadt Podgorica einen Umschlag mit vermeintlich 97.000 Euro erhält.

Während eine Mehrheit der Bevölkerung die Mitgliedschaft in der Europäischen Union weiterhin unterstützt, bleibt der erfolgte Beitritt zur NATO kontrovers. Die DF versucht nicht nur, die aktuelle Regierung abzulösen, sondern auch, die Westintegration rückgängig zu machen und eine stärkere Anbindung an Russland zu erreichen. Während der Parlamentswahlen 2016 kam es angeblich zu einem Coup-Versuch mit Unterstützung des Kremls mit dem Ziel, Đukanović zu ermorden und einer prorussischen Regierung zum Wahlsieg zu verhelfen. Im Mai 2019 wurden zwei Oppositionspolitiker zu je fünf Jahren Haft verurteilt. Weitere Haftstrafen gegen einen montenegrinischen Staatsbürger, neun Serben sowie zwei Russen wurden zum Teil in Abwesenheit verhängt. Moskau weist die Anschuldigungen zurück, hält die NATO-Mitgliedschaft weiterhin für destabilisierend für die Region und bezeichnet, wie die Opposition, den Vorfall als von der DPS geplant, um an der Macht zu bleiben. Die Beziehungen Podgoricas zu seinen Nachbarstaaten wird damit weiter auf die Probe gestellt. Aber auch Russland und China drängen direkt und indirekt – insbesondere durch Infrastrukturinvestitionen – auf politischen Einfluss.

EU-Integration zwischen den Stühlen

Đukanović saß demnach auch beim Bratislava Forum des Think Tanks GLOBSEC 2019 symbolisch zwischen den Stühlen. Während sich der serbische und der kosovarische Präsident gegenseitig vorwarfen, sich nicht an ausgehandelte Punkte zu halten oder diese so gar nicht abgesprochen zu haben, wirkte Đukanović fast teilnahmslos. Die frühere Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik Catherine Ashton fragte folglich auch besorgt an Hashim Thaçi und Aleksandar Vučić gerichtet, wie man ihnen denn helfen könnte. Während somit die EU-Integration der beiden Nachbarstaaten Montenegros auch verbal festgefahren scheint, konnte Podgorica weitere, wenn auch überschaubare Fortschritte erzielen. Mit 32 von 35 eröffneten und drei vorläufig abgeschlossen Kapiteln ist der kleine Adriastaat weiterhin das erfolgreichste aller (potenziellen) Kandidatenländer.

Gerade aber die Kapitel 23 (Justiz und Grundrechte) und 24 (Justiz, Freiheit und Sicherheit), die bereits seit mehr als fünf Jahren verhandelt werden, benötigen eine ernsthafte Anstrengung von Seiten der montenegrinischen Regierung, um hier entsprechende Fortschritte zu erzielen. Allerdings muss hier auch eingestanden werden, dass gerade in diesen Kapiteln die größten Herausforderungen erwartet wurden und diese daher auch mit als erste eröffnet worden waren. Neu eröffnet wurden im vergangenen Jahr die Bereiche Wirtschafts- und Währungspolitik sowie Umwelt, sodass lediglich das Wettbewerbsrecht als letztes Kapitel noch nicht verhandelt wird.¹ Notwendige Schritte neben der Bekämpfung der Korruption und des organisierten Verbrechens sind insbesondere in der Reform der öffentlichen Verwaltung und des Wahlrechts zu unternehmen. Auch die Wahrung der Meinungsfreiheit bleibt Thema.² Premierminister Duško Marković zieht nach sieben Jahren seit Eröffnung der Verhandlungen eine positive Bilanz und verweist auf die erzielten Fortschritte. Zu denen zählt er unter anderem die Einrichtung einer Anti-Korruptionsbehörde und merkt auch die besondere Herausforderung für die Administration an, die gleichzeitig den Beitritt zum Nordatlantikbündnis erfolgreich abgeschlossen hatte.³

Ausblick

Es ist zu erwarten, dass unter der Ratspräsidentschaft Finnlands auch das finale Kapitel der Beitrittsverhandlungen eröffnet wird. Ein Abschluss der Verhandlungen bis zum Ende des Jahres 2019, wie Marković bei seinem Amtsantritt noch verkündete, ist jedoch ausgeschlossen. Dieses Ziel war allerdings unter den gegebenen Umständen auch damals sehr ambitioniert, wenn nicht unrealistisch. Montenegro sollte sich nicht zu sehr auf dem Status des Spitzenreiters unter den Kandidatenstaaten ausruhen. Zum einen ist die Schwäche der „Konkurrenz“ kein Indikator für die eigene Stärke, zum anderen könnten mit Albanien und Nordmazedonien demnächst Verhandlungen aufgenommen werden. Dies liegt nun insbesondere an der Entscheidung in einzelnen EU-Mitgliedstaaten. Inwiefern die Erweiterungsstrategie dann auch umgesetzt wird, ist zudem auch von der Besetzung der neuen Europäischen Kommission und deren Portfoliozuschnitt abhängig. Klar ist, dass zum Ende des Prozesses auch die Kriterien der Evaluation in den Fortschrittsberichten strikter werden, allerdings muss Podgorica diese früher oder später in jedem Fall erfüllen, wenn es das nächste Mitgliedsland der Europäischen Union werden möchte.

Weiterführende Literatur

- Silvia Nadjivan: Klare Visionen und realisierbare Maßnahmen dringend notwendig. Ausblick auf die EU-Integration des Westbalkans am Ende der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft, in: IDM Policy Paper Series 3/2018.
- Reiner Osbild/Will Bartlett: The Western Balkans on the Road to the EU: An Introduction, in: Reiner Osbild/Will Bartlett (Hrsg.): Western Balkan Economies in Transition. Recent Economic and Social Developments. Societies and Political Orders in Transition, Cham 2019.
- Milada Anna Vachudova: EU Enlargement and State Capture in the Western Balkans, in: Jelena Džankić/Soeren Keil/Marko Kmezić (Hrsg.): The Europeanisation of the Western Balkans. A Failure of EU Conditionality? New Perspectives on South-East Europe, Cham 2019, S. 63-85.

1 Europäische Kommission: Commission Staff Working Document, Montenegro 2018 Report, 17.4.2018.

2 Europäischer Rat/Rat der Europäischen Union: Schlussfolgerungen des Rates zur Erweiterung sowie zum Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess, Pressemitteilung, 18.6.2019.

3 Regierung Montenegros: Premijer Marković na konferenciji CGO-a Sedam godina CG pregovora sa EU, 28.6.2019, abrufbar unter: <http://www.gov.me/vijesti/204060/Premijer-Markovic-na-konferenciji-CGO-a-Sedam-godina-CG-pregovora-sa-EU-Crna-Gora-pouzdanu-napreduje-ka-Evropskoj-uniji.html> (letzter Zugriff: 13.9.2019)